

60 Jahre GdP

60 Jahre sind vergangen, seit die Gewerkschaft der Polizei am 14. September 1950 in Hamburg gegründet wurde. Aus dem Zusammenschluss der Polizeibeamtenverbände der britischen Zone und West-Berlin ging die heute größte Berufsvertretung für Beschäftigte der Polizei hervor. Wir wollen keinen lückelosen Rückblick auf den folgenden Seiten bieten, aber gewerkschaftliches Engagement in verschiedenen Bereichen deutlich machen – sei es für das einzelne Mitglied oder für eine demokratische Polizei insgesamt.

Wie sieht es damals aus in Deutschland? Das Land liegt zu großen Teilen in Schutt und Asche, die staatliche Ordnung am Boden. Die Besatzungsmächte etablieren sich und Millionen Menschen suchen Verwandte oder Bekannte, sie suchen ein Dach über dem Kopf und ausreichend Lebensmittel.

Ständig gegen Sparpolitik

In dieser Zeit soll die Polizei bereits für Recht und Ordnung sorgen.

Der Bruttoverdienst eines Polizeihauptwachtmeisters liegt damals gerade einmal bei 305,50 DM – kaum genug um eine Familie zu versorgen. So ist auch eines der ersten großen Themen auf dem 1. Delegiertenkongress der GdP 1951 die Forderung nach leistungsgerechter Bezahlung. Der Titel der verabschiedeten Resolution gibt einen weiteren Hinweis: „Neuordnung des Besoldungswesens auf der Grundlage der gestiegenen Lebenshaltungskosten unter Berücksichtigung der von der Polizei geforderten Dienst-

leistung“. Die GdP-Forderungen finden noch im selben Jahr ihre politische Umsetzung in dem „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts“.

Daneben geht es aber auch häufig um elementare Grundbedürfnisse wie die Beheizung der Reviere und die Versorgung der Kollegen mit Lebensmitteln.

Während sich die wirtschaftliche Lage langsam bessert und das Wirtschaftswunder in der jungen Republik Einzug hält, gelingt es auch der GdP nach und nach, den Anspruch der Polizeibeschäftigten am Wachstum durchzusetzen. Oft jedoch kollidieren schon in dieser Zeit legitime gewerkschaftliche Forderungen mit den Sparplänen der Regierung.

Seit 1952 kümmert sich die GdP intensiv um die Höhergruppierung des Polizeidienstes. In Nordrhein-Westfalen können schon 1954, gegen erheblichen



Bis tief in die Nacht hinein arbeitet in Hamburg 1950 die erste Satzungskommission bei Gründung der GdP.

Widerstand aus dem Bundesfinanzministerium, erste Erfolge erzielt werden. Diese auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten, ist das erklärte Ziel der von der GdP ins Rollen gebrachten Protestwelle, die vom Herbst 1955 bis zum Februar 1956 mit Veranstaltungen in 20 verschie-

eine mitgliederinterne Abstimmung über einen möglichen Streik durch. Ergebnis: 93 % der Beteiligten sprechen sich für einen Streik aus, sollte es den Beamten rechtlich möglich sein. Allerdings ergibt die rechtliche Prüfung: Der Beamtenstatus verbietet ein Streikrecht.

Durch massive Proteste 1982 können eine Nullrunde für Angestellte und Arbeiter sowie Pläne, die Beamtenbesoldung per Bundesgesetz vorab zu regeln, verhindert werden.

Auch in den 90er-Jahren setzt sich das Rotstiftregime fort. Die GdP ist immer häufiger gezwungen, Einschnitte von Seiten der Regierung abzuwenden – dennoch gibt sie nicht auf, für Verbesserungen zu kämpfen.

1992 ruft die GdP zum zweiten Mal in ihrer Geschichte zum Streik auf. Im Mittelpunkt der Forderungen steht die Angleichung der Einkommen in den nach dem Mauerfall 1989 hinzugekommenen neuen Bundesländern an das Westniveau.

**Fritz Schulte,
GdP-Bundes-
vorsitzender
1950-1955**



„Wir lassen uns bei unserer Arbeit von dem Gedanken leiten, dass der Mensch das größte Maß an Freiheit genießen soll, das unter Berücksichtigung des vorrangierenden Rechtes der Allgemeinheit möglich ist.“

Unterstützt durch die 1970 durchgeführte „Aktion Denkpause“, bei der Polizisten auf der Straße mit den Bürgern über funktionsgerechte Bewertung diskutieren, können zwei weitere GdP-Anliegen umgesetzt werden: die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) und die Durchsetzung des Monatslohns für Arbeiter und Arbeiterinnen im Polizeidienst.

Nachdem 1971 die Zuständigkeit für die Besoldung von den Ländern auf den Bund übertragen worden war, werden die Erwartungen und Hoffnungen der Polizeibediensteten auf allgemeine Verbesserungen bitter enttäuscht. Die GdP reagiert darauf mit deutlichen Protesten. 30.000 Menschen folgen ihrem Ruf und gehen auf die Straße. Die Regierung lenkt ein: Es gibt Nachbesserungen sowie in den folgenden Jahren eine Entschädigung für angeordnete Mehrarbeit für Beamte und das 13. Monatsgehalt für alle Beschäftigten im Polizeidienst.

Durch den Wechsel der Verhandlungspartner wird der Kampf der GdP um gerechte Entlohnung jedoch keineswegs einfacher. Im Gegenteil. 1974 kommt es auf Grund der verhärteten Position der öffentlichen Arbeitgeber zum bis dato kaum Vorstellbaren: Im öffentlichen Dienst wird gestreikt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik – und mit Erfolg! Eine Lohnsteigerung von 11% sowie die Einführung der 40-Stunden-Woche bekräftigten die Richtigkeit der Anwendung des härtesten Mittels des Arbeitskampfes.

Mit Beginn der 80er-Jahre gehören Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung der Vergangenheit an. Steigende Arbeitslosigkeit und Krisenstimmung auf den Märkten werfen ihre Schatten auch auf die Polizei und ihre Gewerkschaft.

denen Städten und unter Teilnahme von rund 26.000 Mitgliedern über das Land rollt. Der Erfolg kommt ein Jahr später, als die Höhergruppierung des mittleren Dienstes vom damaligen Bundesausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen und deren Umsetzung in die Hände der Länder übergeben wird.

Aber auch die Tarifbeschäftigten werden nicht vergessen: 1960 gelingt der erste Abschluss von Anschlusstarifverträgen, die eine Einkommensverbesserung von 7 % bringen und gleichzeitig die Tariffähigkeit und die Stellung der GdP als Berufsorganisation untermauern. Um die Interessen der Tarifbeschäftigten im Polizeidienst besser vertreten zu können bildet die GdP 1963 eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Drei Jahre darauf tritt die GdP erstmals als selbstständiger Tarifpartner bei dem Abschluss der damaligen Tarifverträge auf.

In den 70er-Jahren wird der Ruf der Beamten nach einem Streikrecht lauter. Während die GdP die rechtlichen Grundlagen für ein Streikrecht für Beamte prüfen lässt, führt sie gleichzeitig



Ein historisches Dokument: die Niederschrift zur Gründung der GdP

Immerhin: Neben einer allgemeinen Anhebung der Löhne und Gehälter um 5,4 %, der Erhöhung von Urlaubsgeld und Ausbildungsgehältern erhalten Polizeibedienstete im Osten zukünftig 74 % der Vergütung ihrer Westkollegen. Ein Erfolg, aber immer noch zu wenig. Die Ostangleichung bleibt daher Thema: 1998 verteilen die Landesbezirke im Rahmen der GdP-Kampagne „Da fehlt noch was!“ anlässlich der Tarifverhandlungen in Stuttgart auf 85 DM „reduzierte“ Hundertmarkscheine. Im darauf folgenden Jahr machen die GdP-Mitglieder mit





Die GdP setzt sich 1998 in Stuttgart für gleiche Bezahlung in Ost und West ein.

der Aktion „Schluss mit der Salamitaktik“ abermals Stimmung gegen die nur „scheibchenweise“ Angleichung der Osteinkommen.

Einheitlichkeit der Polizei – Multiplizierung der Aufgaben

Als 1950 die Verantwortlichkeit für die Institution Polizei von den Alliierten auf die Länder übertragen wird, war diese ein bunter Flickenteppich, der entstanden war, weil die Alliierten in ihren Zonen Polizeieinheiten nach ihren jeweiligen Vorstellungen aufgestellt hatten.

Auch der Status der Polizeibeschäftigten ist zu diesem Zeitpunkt keinesfalls einheitlich: Sind Polizisten in der britischen Besatzungszone Beamte, gibt es in West-Berlin nur Angestellte in der Polizei. Die GdP macht das Beste daraus: Sie nutzt bei ihrer Gründung diese Ausgangssituation, um sich als Gewerkschaft aller im Polizeidienst Beschäftigten zu etablieren. Das verschaffte ihr u.a. den klaren Vorteil der Streikfähigkeit, kommt aber auch dem solidarischen Verhältnis

der Polizeibeschäftigten untereinander zu Gute.

Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Polizei ist eines der wichtigsten Themen der frühen 50er-Jahre. In NRW kann diese Forderung nach einer 6.000 Teilnehmer zählenden GdP-Demonstration schon früh verwirklicht werden. Nach und nach ziehen die anderen Bundesländer mit und verabschieden eigene Polizeigesetze.

Gleichzeitig beginnt die lang anhaltende Diskussion um Aufgabenbereiche und Struktur der Polizei, nicht zuletzt durch die Gründung des Bundesgrenzschutzes (BGS) 1951 angestoßen. Dieser weist zum Zeitpunkt seiner Gründung deutliche

es dazu: „Die Polizei darf nicht nur ein Vollzugsorgan der Regierung sein. Ihre Bediensteten müssen als gleichberechtigte Staatsbürger aus dem Volke kommen, im Volk stehen und lebendigen Anteil am Geschehen im Volksleben nehmen ...“.

In seiner Rede von 1958 auf dem zum siebten Mal stattfindenden Delegiertenkongress der GdP sorgt Bundesinnenminister Gerhard Schröder für einen Sturm der Entrüstung: Er kündigt darin eine Notstandsgesetzgebung an, die zu einer faktischen Vermischung polizeilicher und militärischer Zuständigkeiten führen würde. Der von der GdP spontan angekündigte Widerstand gegen diese Pläne, die dem GdP-Grundverständnis von der Polizei als zivilem Organ entgegenstehen, leitet einen Kampf ein, der bis zur endgültigen Verkündung der Notstandsgesetze 1968 andauert. Werner Kuhlmann, GdP-Vorsitzender von 1958 bis 1975, macht deutlich: „Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Inneren ist aber eine Aufgabe der Polizei und muss es bleiben. Das gilt auch für Notstandssituationen, die ihren Ursprung im Inneren der Bundesrepublik haben.“

Als 1963 die Regierung erneut ihre Pläne ankündigt, im Zuge der Notstandsgesetzgebung der Polizei den Kombattantenstatus zu verleihen, sowie Streitkräfte gegebenenfalls auch im Inneren für Polizeiaufgaben einzusetzen, beauftragt die GdP Völkerrechtler mit einem Rechtsgutachten, das den Status der Polizei als Teil der zivilen Verwaltung belegt. Der andauernde Widerstand der GdP hat Erfolg: Die Polizei bleibt ziviles Ordnungsorgan.



Protestmarsch der hessischen Polizei 1970

paramilitärische Kennzeichen auf, von denen die GdP die Bereitschaftspolizei und die Polizei im Allgemeinen deutlich abzugrenzen sucht.

Die Frage nach dem Verhältnis der Polizei zu Staat, Regierung und Bevölkerung steht daher auf dem 2. Delegiertenkongress der GdP 1953 als einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung. In der entsprechenden Entschließung heißt

gleichzeitig an deren paramilitärischer Ausbildung und Struktur festgehalten werden soll, können von der GdP verhindert werden. Maßgeblich ist die GdP auch daran beteiligt, dass 1974 die Ausbildung im BGS so reformiert wird, dass sie sich zu einer „echten“ Polizei hin entwickeln kann.

Die sogenannten 68er bringen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, die





Überall in Deutschland werden Anfang der 50er Jahre wieder geschlossene Einheiten aufgebaut, wie hier in Düsseldorf.

sich zunehmend auf die Arbeit der Polizei auswirken. Der viel diskutierte Generationskonflikt, der Vietnamkrieg und die



**Fritz Kehler,
GdP-Bundes-
vorsitzender
1956-1958**

Studentenproteste erschüttern das Land. Aus der außerparlamentarischen Opposition der Studentenbewegung heraus entwickeln sich radikale Splittergruppen. Die wohl bekannteste ist die Rote Armeeformation (RAF), die den Terrorismus direkt ins Herz der Bundesrepublik trägt. Aber die Terrorgefahr kommt nicht nur aus dem Landesinneren. Im September 1972 überfallen arabische Terroristen das Quartier der israelischen Olympiamannschaft in München und nehmen 11 Sportler als Geiseln. Es kommt zu Opfern auf allen Seiten, darunter auch ein deutscher Polizist.

Der Kampf gegen den Terrorismus bestimmt fortan wesentlich die Aufgabe der Polizei. Die Diskussionen innerhalb der GdP, die 1972 ihre 6. Veranstaltung „Presse und Polizei“ unter dieses Thema stellt, werden ganz wesentlich von diesen Ereignissen geprägt. Doch die Gewerkschaft bleibt bei ihrem Standpunkt: Keine militärischen Polizeistrukturen!

1974 wird begonnen, eine Spezialeinheit aufzubauen, um der Terrorismus-Bedrohung wirksam entgegen treten zu

das Blickfeld der Polizei sondern auch der Öffentlichkeit: Drogenhandel und Beschaffungskriminalität werden Dauerthemen, wobei die Wichtigkeit von Präventionsarbeit aus GdP-Reihen immer wieder betont wird.

Probebohrungen 1979 in Gorleben und die darauf folgende Einrichtung des dortigen Atommülllagers rufen Demonstranten aus weiten Teilen der Bevölkerung auf die Barrikaden. Nicht immer bleiben diese Proteste friedlich. Für die Polizei bedeutet das eine neue, regelmäßig wiederkehrende Aufgabe: die Sicherung der umstrittenen Castortransporte. Nach den massiven Ausschreitungen von Atomkraftgegnern 1981 beim sogenannten „Marsch auf Brokdorf“ formuliert die GdP auf einer Sondersitzung des Bundesvorstandes Forderungen zum Demonstrationsgeschehen, die statt von einer Verschärfung der Gesetze vielmehr von einer Ausschöpfung des bestehenden Rechts ausgehen. Die Politik folgt der GdP in ihren wesentlichen Standpunkten. Wichtiges Anliegen der GdP ist natürlich auch der Schutz der Beamten vor möglichen Gefahren durch das strahlende Transportgut. Als 1999 Berichte über beschädigte Castorbehälter auftauchen, setzt die GdP durch, dass erst wieder Transporte durchgeführt werden, wenn die Sicherheit der Kollegen und Kolleginnen gewährleistet werden kann.

Als 1989 in Berlin die Mauer fällt, gründet die Volkspolizei eine eigene Gewerkschaft – die Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP). Doch sinnvoll ist perspektivisch eine bundesweit einheitliche Organisation. GdP und GdVP vereinbaren, dass sich die GdVP wieder auflöst. Ab Okto-

ber 1990 gründen sich Landesbezirke der GdP in den neuen Bundesländern. Drei Jahre nach der Wiedervereinigung unterstützt die GdP mit der ein Jahr dauernden Aktion „Demokratie braucht unseren Einsatz“ durch Foren in fünf Städten der neuen Bundesländer die Einbindung der ostdeutschen Polizei in das neue Rechts- und Staatssystem.

1996 wird zum ersten Mal eine größere Zahl deutscher Polizisten im Rahmen eines UNO-Einsatzes ins Ausland geschickt. Sie gehen zur Verstärkung des dortigen UNO-Polizeikontingentes nach Bosnien-Herzegowina. Im Herbst 1999 entsteht im Kosovo ebenfalls ein UNO-Kontingement unter deutscher Beteiligung. Um sich selbst ein Bild von der Lage zu verschaffen, reist eine Abordnung der GdP an. Aus diesem Besuch entsteht ein dp-special mit dem Titel „mission impossible?“, das auf so große Zustimmung stößt, dass es sogar ins Englische übersetzt wird.

Ein zweites Aufgabengebiet rückt seit den 70er Jahren nicht nur in

Gerade in jüngster Zeit hat die GdP die Auslandseinsätze ganz besonders im Blick.



**Werner
Kuhlmann,
GdP-Bundes-
vorsitzender
1958-1975**

„Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland der Polizei heute ein überraschend hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt, so hat die Gewerkschaft der Polizei an dieser erfreulichen Entwicklung wesentlichen Anteil.“

Sie fordert vor allem für die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten: keinerlei Vermischung mit militärischen Aufgaben im Ausland, macht sich ein Bild von der Ausbildung und den Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort, drängt darauf, dass Polizeieinsätze im Ausland nur nach Beendigung von Kriegshandlungen zum zivilen Aufbau des Landes erfolgen dürfen und dass für alle internationalen Einsätze ein Parlamentsvorbehalt gelten muss.

Wechselschichtdienst, Polizeiausbildung und -ausstattung

Als der wirtschaftliche Aufschwung der 50er Jahre los geht, tauscht so mancher



Bürger sein Fahrrad gegen ein motorisiertes Fahrzeug ein und die Mobilisierungswelle macht auch bei der Polizei nicht Halt. Die Einführung „motorisierter Streifen anstelle von Fußstreifen zum Zwecke eines vermehrten polizeilichen Erfolges“ setzt sich immer mehr durch.

Die Arbeitsbedingungen insbesondere der Polizeibeamten auf der Straße – ob im Auto oder zu Fuß – zu verbessern, gehört von Anfang an zu den Zielen der GdP. Nicht zuletzt das „Arbeitsmaterial“ kann im Ernstfall überlebenswichtig sein. So muss beispielsweise auch Munition dem Charakter der Polizei als zivilem Ordnungsorgan entsprechen. Daher wehrt sich die GdP 1961 im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die geplante Notstandsgesetzgebung per Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung von Explosivwaffen im Polizeidienst. Auch die Waffen der Polizei sollen keinen militärischen Charakter aufweisen. Statt der Hochrüstung empfiehlt die GdP eine Verdoppelung der Bereitschaftspolizei, um gleichzeitig eine Entlastung der bestehenden Einheiten sicherzustellen.



Helmut Schirmmayer, GdP-Bundesvorsitzender 1975-1982

„Ich habe die GdP nicht ausschließlich als Einkommensverbesserungsverein oder als Klub zur Pflege der Kameradschaft verstanden, sondern stets als eine an der Zukunft orientierte, aktive, dynamisch für die Mitgliedsinteressen in sachlicher Ausgewogenheit streitende und kämpfende Organisation.“

Als die zunehmende Kriminalität Mitte der 60er Jahre die Kriminalpolizei bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit drängt, ist es wiederum die GdP, die darauf deutlich aufmerksam macht: Sie veröffentlicht u.a. 1967 ihre viel beachtete Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“. In der Folge können tatsächlich erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten für die Kriminalpolizei durchgesetzt werden.

Einem Dauerthema, das bis heute



Seit 1980 werden auch Frauen in den allgemeinen Dienst der Schutzpolizei eingestellt.

nichts an Aktualität eingebüßt hat, widmet sich 1975 erstmals offiziell der GdP-Fachausschuss Schutzpolizei mit seinem Forderungskatalog „Schichtdienst und seine Folgen“. 1980 verabschiedet die GdP zum Thema eine Resolution, die der Innenministerkonferenz vorgelegt wird. Noch im selben Jahr protestieren rund 7.000 Kolleginnen und Kollegen bei einer Sternfahrt mit anschließender Protestkundgebung in Köln gegen die enormen Belastungen des Wechselschichtdienstes. Auch 17 Jahre später, im Jahr 1997, hat das Thema nichts an Brisanz verloren und wird Gegenstand einer GdP-Fachtagung mit dem Titel „Polizei im Wandel – Arbeitszeit im Wandel“.

Seit 1970 legt die GdP erste Forderungen zur akademischen Ausbildung der Polizei in ihrem Konzept „Laufbahn und Besoldung des Polizeivollzugsdienstes“ vor. 1972 verleiht sie den Forderungen mit ihrer Studie „Gebremste Polizei“ noch einmal Gewicht. Darin wird das Fachhochschulstudium für den allgemeinen Polizeidienst, für den gehobenen Dienst das Hochschulstudium verlangt. Die verbesserte Ausbildung soll helfen, den Anforderungen der Öffentlichkeit an die Polizei besser gerecht zu werden und eine hohe soziale Kompetenz zu schulen, die zur gewaltfreien Konfliktlösung beiträgt. Sieben Jahre später kann ein erster entscheidender Fortschritt vermeldet werden: Das sechssemestrige Studium wird für den gehobenen Dienst obligatorisch.

1991 können in verschiedenen Ländern erste Erfolge die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn betreffend festgestellt werden. Die GdP-Forderung nach deren kompletter Umsetzung bleibt aber weiter Ziel.

1996 legt die GdP ihr Papier „Forderungen der GdP zur Zukunft des höheren Polizeidienstes“ vor, in der sie die Ausgestaltung der Polizei-Führungsakademie zu einer internen Hochschule der Polizei befürwortet.

Die GdP im neuen Jahrtausend

Zum Jahrtausendwechsel bricht weder die Computersysteme zusammen noch geht die Welt unter. Trotzdem bringt das erste Jahr des neuen Jahrtausends Schockierendes: Fünf Polizisten und zwei Polizistinnen werden im Dienst ermordet. 8.000 Kollegen und Kolleginnen beteiligen sich an einem Schweigemarsch durch die Dortmunder Innenstadt am 19. Juni 2000, zu dem der GdP-Landesbezirk NRW aufgerufen hat. Nur zwei Tage später, am 22. Juni, wird ein weiterer Polizeibeamter im Dienst erschossen.

Angesichts der erhöhten Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei, beauftragt die GdP das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) mit einem Forschungsprojekt zum Thema, um „Erkenntnisse über Lagekonstellationen bzw. Tätertypologien zu gewinnen“. Auf einer Pressekonferenz in Berlin werden am 1. Juli 2002 die Ergebnisse der KFN-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte 1985 - 2000“ präsentiert. Die Resultate zeigen, dass die Gewalt gegenüber



Statt immer höherem Renteneintrittsalter macht sich die GdP für mehr junge Nachwuchskräfte stark.



JUBILÄUM

Polizisten in diesem Zeitraum gestiegen ist. Sie stützen die Forderungen der GdP gegenüber der Politik insbesondere im Bereich der Ausrüstung und lösen eine neue Diskussion um Eigensicherung bei der Polizei aus.

Erfreulicheres stellt die Weltausstellung „EXPO 2000“ dar, die in Hannover am 1. Juni ihre Tore öffnet. Es ist die erste Ausstellung dieser Art auf deutschem Boden und die GdP ist mit ihrem eigens eingerichteten GdP-Treff vertreten. Dort finden die rund 7.000 aus allen Teilen der Bundesrepublik eingesetzten Polizisten und Polizistinnen sowie ihre 250 ausländischen Kollegen und Kolleginnen eine Anlaufstelle während der fünf Monate dauernden Ausstellung.

Die GdP will ihre Arbeit von den Mitgliedern bewerten lassen: Ihr Projekt „Mitgliederzufriedenheit“ ermittelt ab April 2001 in einer breit angelegten Umfrage Stärken und Schwächen der gewerkschaftlichen Arbeit und entwickelt Visionen zur Verbesserung. Die Eigenanalyse hilft dabei, noch konkreter auf die



Mit einer Mahnwache gedenkt die GdP der im Jahr 2000 ermordeten Kollegen.

Bedürfnisse der Mitglieder reagieren zu können.

Die Ereignisse des 11. September 2001 lösen einen weltweiten Schock aus. Der

internationale Terrorismus rückt unmittelbar ins Zentrum der Aufmerksamkeit – nicht zuletzt bei der Polizei. Die Politik verabschiedet in Folge zwei Sicherheits-

**Günter Schröder,
GdP-Bundes-
vorsitzender
1982 -1986**



pakete, die jedoch aus GdP-Perspektive einige erhebliche Mängel aufweisen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg findet dafür auf einer Demonstration deutliche Worte: „Die Bundesregierung hat zwei so genannte Sicherheitspakete beschlossen. Einige Bundesländer sind diesem Beispiel gefolgt. Doch in manchen Bundesländern kann man nicht von Sicherheitspaketen sprechen, sondern eher von kleinen Päckchen. Es reicht nicht!“ Die Politiker ruft er auf: „Sorgt dafür, dass wir unsere Aufgaben auch sachgerecht wahrnehmen können. Das wir die Menschen vor der Kriminalität, vor dem Terrorismus schützen können.“ Ein 3. Sicherheitspaket wird gefordert.

Trotz der Dramatik im internationalen Geschehen, hat die GdP die Situation innerhalb der Bundesrepublik nicht aus dem Auge gelassen. So demonstrieren am 26. November 2001 25.000 Polizisten und Soldaten in Berlin gegen die geplanten Kürzungen der Alterssicherung. Die gemeinsame Aktion von GdP und Deutschem Bundeswehrverband (DBwV) stellt die bis dato größte gemeinsame Demonstration von Sicherheitskräften in Deutschland dar. Trotz der massiven Proteste wird das Versorgungsänderungsgesetz 2001 nur wenige Tage später inklusive aller Kürzungen von der Bundesregierung verabschiedet. Gerade im Hinblick auf die aktuell verstärkte Forderung nach Sicherheit erzeugt dieser Schritt auch bei der Bevölkerung nur Kopfschütteln.

Am 1. Januar 2002 kommt der Euro – und die GdP eröffnet ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin und ist damit am politischen Puls der Bundesregierung.

Ein erneuter Schock: Am 26. April 2002 läuft ein ehemaliger Schüler des Gutenberg-Gymnasiums in Erfurt Amok und tötet dabei zwölf Lehrer, eine Sekretärin, zwei Schüler und einen Polizisten. Anschließend richtet er die Waffe gegen sich selbst. Der erste Amoklauf dieser Art in Deutschland lässt Angst vor „amerikanischen Verhältnissen“ aufkommen und

entfacht Diskussionen um Jugend und Gewalt. In der Polizei kommt es nach dem Amoklauf in vielen Ländern zu Reformen des Landespolizeigesetzes. Das Waffengesetz steht auf dem Prüfstand und die GdP hat mit ihrem Waffenrechtsexperten Wolfgang Dicke entscheidenden Anteil an einer vernünftigen Diskussion angesichts einer emotional aufgeheizten Atmosphäre.

Nach 30-jährigem GdP-Engagement hat Hessen als erstes Bundesland das „Klassenziel“ der 100 Prozent zweigeteilte Laufbahn im Polizeidienst erreicht. Zu diesem Anlass überreichen Konrad Freiberg und Landesbezirksvorsitzender Jörg Stein am 1. August 2002 einen Wanderpokal an den hessischen Innenminister Volker Bouffier.

Auch auf internationaler Ebene der Polizeivertretung tut sich einiges: Auf dem außerordentlichen UISP-Kongress in Roskilde (Dänemark) wird am 31. Oktober 2002 die Umwandlung der Union Internationale des Syndicats de Police (UISP) zur Organisation European Confederation of Police (EuroCOP) beschlossen. Die Neugründung soll die seit den 90er Jahren aufgetretenen Spaltungstendenzen entschärfen, eine einheitliche Vertretung in Europa gewährleisten und die Position der Interessenvertretung auf europäischer Ebene entscheidend stärken. Die neu



**Hermann Lutz,
GdP-Bundes-
vorsitzender
1986 -1998**

„Die zentrale Funktion des staatlichen Gewaltmonopols für den Rechtsstaat muss in der politischen Diskussion wieder verstärkt herausgestellt werden.“

geschaffene Dachorganisation vereint nunmehr 25 Gewerkschaften und Berufsorganisationen der Polizei aus allen Teilen Europas miteinander. Präsident von EuroCOP wird – und ist bis heute – Heinz Kiefer, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP. Er löst Hermann Lutz (GdP-Bundesvorsitzender

1986-1998) ab, der viele Jahre den UISP-Vorsitz hatte.

Neue Regierungspläne rufen neue Proteste hervor. Unter dem Motto „Jetzt stellen wir uns quer“ folgen am 14. November 2002 in Kiel ca. 12.000 Beamtinnen und Beamte dem Aufruf von GdP und GEW zur Demonstration gegen die von der Regierung geplante Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsrecht. Anfang Dezember machen die Betroffenen ihrer Frustration und Enttäuschung in einer Protestwelle Luft, die sich durch das ganze Bundesgebiet zieht. In Bremen, Lübeck, Magdeburg, Wiesbaden und Düsseldorf finden Protestaktionen statt.



Der GdP-Wanderpokal zweigeteilte Laufbahn

Bei den Tarifverhandlungen 2003 kommt es zu einem Kompromiss in letzter Minute. Nur ein Schlichtungsverfahren kann den drohenden Streik abwenden. Um 4,4 % steigen die Löhne und Gehälter und endlich gibt es eine verbindliche Regelung zur 100-prozentigen Angleichung der Tabellenwerte im Tarifgebiet Ost bis 2007 bzw. 2009.

Die anhaltende Sparpolitik von Bund und Ländern löst jedoch schon im Februar 2003 neue Demonstrationen aus. Die Pläne der rheinland-pfälzischen Regierung, die Neueinstellung von Polizeianwärtern um 1/3 (von 300 auf 200) zu reduzieren und gleichzeitig das Rentenalter heraufzusetzen sowie weitere Sparmaßnahmen stoßen auf heftigen Widerstand. 10.000 Beamtinnen und Beamte folgen dem Demonstrations-Aufruf der GdP am 13. Februar in Mainz.

Im Herbst startet die GdP-Aktion „Rote Karte“. Nachdem 1996 der Regierung in einer ähnlichen Aktion schon „gelb“ gezeigt wurde, folgt 2003 die rote Karte. Sparbeschlüssen und Dienstzeitregelungen der Landesregierungen und des Bundes, die zu einem weiteren Sozialabbau in der Polizei führen würden, provozieren den Protest der Gewerkschaft, die daraufhin einen „heißen Herbst“ ankündigt. Die Resonanz ist beeindruckend. In vielen Städten versammeln sich tausende Polizeibeschäftigte, um auf den Sozialabbau aufmerksam zu machen.



JUBILÄUM



Politiker bekamen 2003 von GdP-Mitgliedern die Rote Karte, nicht nur in Bremen.

**Norbert
Spinrath,
GdP-Bundes-
vorsitzender
1998-2000**



**„Wenn eine Bundesregierung – zu-
mal eine sozialdemokratische – die
Beamten von der gesamtwirtschaft-
lichen Entwicklung abkoppeln will,
indem das Tarifergebnis im öffent-
lichen Dienst nicht übernommen
wird, kann das nur als ungeheuer-
liche Provokation gewertet werden.“**

Am 3. April 2004 beteiligt sich die GdP am europaweiten Aktionstag für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Unter dem Motto „Aufstehen damit es endlich besser wird!“ und „Unser Europa – frei, gleich und gerecht“ gehen eine halbe Millionen Menschen in Berlin, Stuttgart und Köln auf die Straße – darunter mehrere Tausend Polizeibeschäftigte. Gleichzeitig finden in anderen europäischen Städten ähnliche Kundgebungen statt, um international ein Zeichen zu setzen.

Am 31. Januar legt die Tarifrunde 2005 für den öffentlichen Dienst den neu

gestalteten Tarifvertrag vor. Der 1961 geschaffene und seit dem immer wieder erweiterte Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) war zu unübersichtlich geworden. Abgelöst wird er durch den deutlich gestrafften TVöD der zum 1. Oktober in Kraft tritt. Bereits seit Mai 2003 sind neun Projektgruppen, bestehend aus Gewerkschaftern, Arbeitgebern, Juristen und Mathematikern, mit der Aufgabe betraut, ein zukunftsfähiges, einheitliches und transparentes Tarifrecht zu gestalten, das den heutigen Arbeitsstrukturen und -abläufen gerecht wird.

Längst ist bekannt, wie wichtig den Mitgliedern der GdP das Thema Arbeitsschutz ist. 2005 startet die GdP daher ihr 1. Arbeitsschutzsymposium, das zur festen Institution wird. Zunächst geht es insbesondere um die Arbeitsumgebung Polizeibeschäftigter innerhalb von Gebäuden.

Nach Terroranschlägen in Madrid (2004) und London (2005) fordert die GdP in ihrem 2. Positionspapier zur „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ nachdrücklich ein drittes Sicherheitspaket. Zentrale Punkte stellen die Bekämpfung der Hauptursachen des Terrorismus, die Beseitigung vorhandener Gesetzesdefizite, effektive Fahndungsmöglichkeiten für die Polizei und die Notwendigkeit von Maßnahmen auf europäischer Ebene dar.

Nachdem sich auch die GdP jahrelang und erfolgreich für die inhaltliche Umstrukturierung des Bundesgrenzschutzes





Foto: Tetz

Zum Gespräch bereit: Konrad Freiberg (l.) und Bundeskanzler Gerhard Schröder (r.) 2005

eingesetzt hat tritt am 1. Juli 2005 das Gesetz zur Umbenennung des BGS in Bundespolizei in Kraft. Die Umbenennung soll das reale Aufgabenspektrum der „Polizei des Bundes“ widerspiegeln.

Die Akzeptanz und der Erfolg der GdP lassen sich durchaus auch an den Kontakten auf politischer Ebene ablesen. Der Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Bundesvorstandssitzung am 2. August 2005 bietet die Möglichkeit, in diesem Rahmen auf Augenhöhe mit dem Bundeskanzler über die Rolle der Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu diskutieren und beiderseits Sichten zu verschiedenen politischen Themen auszutauschen.

Im Februar 2006 starten Warnstreiks im öffentlichen Dienst, zu denen die Vorsitzenden von ver.di, GEW und GdP auf einer gemeinsamen Pressekonferenz aufrufen. Hintergrund bildet die Weigerung der Länder, den nach ihrer Ansicht zu teuren TVöD zu übernehmen. Stattdessen wollen sie längere Arbeitszeiten für ihre Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchsetzen und weniger oder kein Urlaubs-, bzw. Weihnachtsgeld zahlen. Die Gewerkschaften dagegen fordern die Übernahme des TVöD durch die TdL, die Rückkehr zu den aufgekündigten Tarifverträgen und zum Weihnachts- und Urlaubsgeld, den Erhalt der 38,5-(West) bzw. 40-Stunden-Woche (Ost) sowie Einkommenssteigerungen. Nach 14 Wochen zähen Verhandlungen wird im Mai endlich eine Einigung erzielt, in der wichtige gewerkschaftliche Forderungen durchgesetzt werden können.

Der Sommer 2006 steht auch bei der Polizei ganz im Zeichen der Fußball-WM

– nicht nur wegen persönlicher Vorlieben, sondern vor allem wegen des massiven Polizeieinsatzes, den das „Sommermärchen“ von den Polizeibeamten und -beamtinnen fordert. Dafür konnte schon in den Vorjahren ein überzeugendes Sicherheitskonzept entwickelt werden, an dem sich die

GRUPPE – Wir bleiben am Ball“ ihren vierzigsten Geburtstag. Während ihrer 40-jährigen Geschichte konnte sie auf etliche Einsätze für junge Kolleginnen und Kollegen verweisen. Ganz oben auf ihrer Tätigkeitsliste hat sie immer wieder Bildungsseminare gestellt und Aktionen, mit denen sie auf Probleme der jungen Menschen in der Polizei aufmerksam gemacht hat. Ihre Arbeit ist von großer Wichtigkeit innerhalb der Gewerkschaft, da sich in dieser Gruppe die Zukunft der Polizei organisiert.

Im November 2006 findet unter dem Motto „Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei“ der 23. Ordentliche Bundeskongress der GdP in Berlin statt. Wiederum zollen prominente Gäste mit ihrer Teilnahme bzw. mit ihren Grußworten oder Referaten der größten Interessenvertretung für Beschäftigte der Polizei ihren Respekt – u. a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, SPD-Vorsitzender Kurt Beck und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Im Mai 2007 feiert die Seniorengruppe Bund ihr 20-jähriges Bestehen. Ange-



Gemeinsame Pressekonferenz von ver.di, GdP und GEW 2006 anlässlich ihrer Warnstreiks im öffentlichen Dienst. Kurt Martin, Franz Bsirske, Ulrich Thöne, Konrad Freiberg, Ellen Paschke (v. l.)

Foto: hol

GdP aktiv beteiligte. So bleibt auch aus polizeilicher Sicht die WM „märchenhaft“ und ohne größere Zwischenfälle.

Ein Grund zur Freude: Auf der 12. Bundesjugendkonferenz der GdP in Potsdam feiert die JUNGE GRUPPE 2006 unter dem Motto „40 Jahre JUNGE

sichts der demografischen Entwicklung in Deutschland allgemein und in der Polizei speziell gewinnt die Personengruppe zunehmend an Bedeutung. Die Seniorengruppe (Bund) widmet sich den ganz speziellen Themen der Generation, die die Polizei in Deutschland mit aufge-



JUBILÄUM



Die Fußball-WM 2006 in Deutschland war ein heißer Sommer. Für die Einsatzkräfte vor Ort gab es Eis von der GdP.

baut hat und nun als Aktive, nicht mehr Berufstätige, das gesellschaftliche Leben dennoch mitbestimmen. Ihre Erfahrung und Vorbildfunktion kommt der gesamten Gewerkschaft immer wieder zu Gute.

Im Juni 2007 findet der G8 Gipfel in Heiligendamm statt. Das Treffen der acht führenden Industrienationen verlangt umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen und stellte, ein Jahr nach der WM, einen neuerlichen Großeinsatz mit all seinen Herausforderungen für die Polizei dar. Die GdP betreut wiederum mit einem Großaufgebot an freiwilligen Kolleginnen und Kollegen die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten.

In eigener Sache auf die Straße zu gehen, heißt es im September 2007. 3.000 Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte aus allen Teilen der Bundesrepublik – solidarisch mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Hessen – versammeln sich in Wiesbaden, um gegen das Lohndiktat der hessischen Landesregierung zu demonstrieren. Diese hatte versucht, per Gesetz die Besoldungserhöhung ohne weitere

Verhandlungen auf die Tarifbeschäftigten zu übertragen. GdP und DGB sehen diesem Versuch, die Tarifautonomie auszuhebeln, natürlich keineswegs tatenlos zu und rufen zu Protest auf.

Ebenfalls im Herbst endet die Gründungsphase der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol). Nach ersten Probeläufen starten noch im selben Jahr die Masterstudiengänge. Damit findet auch ein wichtiges Thema der GdP, die Verbesserung der Polizeiausbildung, eine zeitgemäße Umsetzung.



Halb grün halb blau präsentiert sich die Polizei 2008. Die neuen Uniformen kommen. Foto: A. Bank

Weniger um privaten Geschmack als vielmehr darum, sich optisch europäischen Maßstäben anzupassen, geht es bei der Umstellung der deutschen Polizeiuniformen 2008 von grün auf blau. Schon 2004 wurden in Hamburg die grünen Uniformen abgelegt; nun ziehen andere Bundesländer nach.

Der zunehmenden Aufgabenvielfalt und der damit einhergehenden psychischen Belastung am Arbeitsplatz sowie Möglichkeiten diese zu erkennen und abzubauen, widmet sich das zweite GdP-Arbeitsschutzsymposium im April.

Leere Kassen führen dazu, dass die Arbeitgeber 2008 immer größere Teile der öffentlichen Dienstleistungen (wie z. B. Gebäudemanagement und -instandhaltung, Transportleistungen oder die Essens- und Getränkeversorgung) in private Hände übergeben. Diese Entwicklung sorgt für gravierende organisatorische und personelle Veränderungen. Auf ihrer 4. Tarifpolitischen Konferenz macht die GdP daher unter anderem auf die Gefahren im Zusammenhang mit diesen Privatisierungsbestrebungen aufmerksam.

„25 Jahre Frauenarbeit in der GdP“ heißt es im November 2008. Seit in den 80er-Jahren Frauen auch im Bereich Schutzpolizei arbeiten, gewinnt das Thema Gleichstellung immer mehr an Bedeutung. Die Frauengruppe (Bund) hat sich diesem Thema seit ihrer Gründung mit Vehemenz gewidmet, was sie in einer Ausstellung zum Jubiläum dokumentiert. Die Arbeit der Frauengruppe mit Themen wie Menschenhandel,



Die Junge Gruppe versteht es Zeichen zu setzen: Aktion „SOS – Schutzleute ohne Schutz“ während der 13. Bundesjugendkonferenz im April 2010. Foto: Hagen Immel

Vereinbarkeit Familie und Beruf und Chancengleichheit liefern nicht nur innerhalb der GdP, sondern auch in den öffentlichen Diskussionen wertvolle Beiträge.

splitterte Beamten- und Besoldungsrecht durchsichtiger zu machen. Auch kann das ISF als „Frühwarnsystem“ für Negativentwicklungen fungieren und der GdP



Der im April 2010 in Potsdam auf der 6. Bundesseniorenkonferenz gewählte GdP-Seniorenvorstand: v. l.) Frank Poster, Sigrid Graedtko Jung und Anton Wiemers Foto: Zielasko

Als Service stellt die Bundesgeschäftsstelle im Januar 2009 im Internet-Mitgliederbereich das „Informationssystem Föderalismusreform“ (ISF) zur Verfügung. Die in der Datenbank gesammelten Informationen sollen helfen, das durch die Föderalismusreform von 2006 zer-

helfen schneller und effektiver Maßnahmen einzuleiten.

Begleitend zu den Tarifverhandlungen im Februar 2009 demonstrieren rund 14.000 Menschen, darunter 5.000 GdP-Mitglieder, in Hannover unter dem Motto „Wir wollen 8 % – mindestens 200 Euro



**Konrad
Freiberg,
GdP-Bundes-
vorsitzender
2000 bis heute**



Die Föderalismusreform hat die Schlagkraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten erheblich geschwächt.

Kollegen und Kolleginnen an der Fragebogenaktion. Erste Ergebnisse zeigen einen beunruhigenden Trend: Die Gewalt in diesem Segment steigt weiterhin.

Die Krise mit all ihren Negativwirkungen macht die Tarifverhandlungen extrem schwierig. Nach zähen Verhandlungen kann trotz katastrophaler wirtschaftlicher Lage eine „Nullrunde“ bei den Tarifverhandlungen verhindert werden. Ein Schlichterspruch bringt schließlich das Ergebnis, welches von beiden Seiten Zugeständnisse fordert, das Schlimmste jedoch verhindert. Moderate 2,3 % Entgelterhöhung konnten erkämpft werden. Warnstreiks und Proteste, die die Verhandlungen begleiteten, haben sicher ihren Teil zum Ergebnis beigetragen.

mehr“. Sie setzen damit ein deutliches Zeichen an die Arbeitgeber, den Sparkurs endlich einzustellen und bezeugen gleichzeitig ihre Entschlossenheit, mit allen notwendigen Mitteln für ihre Forderungen einzutreten. Die zähen Ver-

Fazit

Mit ihren Forderungen, Arbeitskämpfen und Aktionen hat sich die GdP nicht nur Freunde gemacht, aber was sie in den letzten 60 Jahren im Interesse der



**Die Ausstellung „25 Jahre Frauenarbeit in der GdP“ sorgte bei dem Festakt der Frauengruppe (Bund) für Begeisterung.
Foto: Püschel**

handlungen lassen ahnen, welche harten Verhandlungen in den nächsten Jahren anstehen werden.

2010 rückt abermals die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte ins Zentrum des Interesses. Die GdP fordert die Politik auf, ihre bisherige Gesetzgebung im Hinblick auf Angriffe gegen die Polizei zu prüfen. Gleichzeitig initiiert sie eine länderübergreifende Studie zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“, abermals durchgeführt durch das Kriminologische Institut Niedersachsen (KFN). Von Februar bis März beteiligten sich über 20.000

Polizistinnen und Polizisten – und damit letztlich für die innere Sicherheit im Land – erreicht hat, kann sich sehen lassen. Ohne die GdP wäre vieles für die Kolleginnen und Kollegen in ihrem alltäglichen Dienst und für jeden Einzelnen sicher problematischer.

Und auch international hat die GdP über EuroCOP die Arbeits- und Lebensbedingungen der Polizistinnen und Polizisten und die Demokratisierungsprozesse der Polizeien in den neuen EU-Ländern deutlich mitbestimmt.

**Laura Ede
Fotos (19): GdP**

